

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 120 (1994)
Heft: 23

Artikel: AHV : mutiges Handeln tut not : ein sachlicher und emotionsloser Vorschlag
Autor: Kurach, Roman / Schällibaum, Daniel
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-606244>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



AHV: Mutiges Handeln tut not

Ein sachlicher und emotionsloser Vorschlag

Aeschenplatz, Basel, Montag morgen, 7.30 Uhr. Stosszeit. Der aktive Bevölkerungsteil ist auf dem Weg zur Arbeit. Gedränge. Es eilt. Plötzlich ein Ruf: «Heb's uff!» Ein Rentner in Knickerbockern, roten Socken und Wanderschuh steckt beherzt seinen Stock in die sich schliessenden Tramtüren. Während der Alte auf dem untersten Trittbrett wartet, läuft der Rest der Rentner-

Wandergruppe – so gut es eben geht – zum Billettautomaten und beginnt, dem Apparat Kleingeld zu füttern. Die Leute im Tram schauen nervös auf die Uhr. Bis die Wandervögel endlich im vollgestopften Wagen sind, haben einige der Pendler ihren Anschluss am Bahnhof bereits verpasst. Es kommt zu wütenden Wortwechseln.

Zürich, 12.15 Uhr, im Selbstbedienungs-Restaurant eines

Lebensmittel-Grossverteilers: Eine alte Frau steht an der Kasse und sucht ihr Portemonnaie. Die Warteschlange wird immer länger, ungeduldige Kunden mit kurzer Mittagspause drängeln an ihr vorbei, um zu zahlen. Doch das will die Frau nicht zulassen. Handgemenge – jemand stolpert und fällt mit vollem Tablett hin. Die Kassiererin gibt der Alten aufgebracht die Schuld, darauf wirft diese ihr Essen wild

zeternd in die Regale zurück. Geschirr splittert.

Luzern, 16.00 Uhr, im Bus. Dass die Halbtax-Abonnemente in der Stadt Kurt Illis nicht gültig sind, will ein alter Ausflügler partout nicht begreifen. Auch nicht, nachdem ihm die Kontrolleure das viermal erklärt haben. Schliesslich geben sie es auf und lassen die Sache resigniert auf sich beruhen. Das erobert allerdings einen Schwarzfahrer, der den selben Kontrolleuren soeben 50 Franken Busse zahlen musste. Es gibt eine heftige Auseinandersetzung: Der alte Schwarzfahrer zieht dem jungen Schwarzfahrer den Stock über den Kopf. Die Kontrolleure rufen die Polizei.

Szenen, wie sie sich in der Schweiz täglich abspielen. Seit die Auseinandersetzungen um AHV und Rentenalter aus Bundesrats- und Kommissionsstuben in die Öffentlichkeit getragen worden sind, hat sich das Klima im Land verschlechtert. Der Generationenkonflikt artet aus. Die Jungen begegnen den Alten mit zunehmender Ungeduld. Denn sie wissen: Sollen sie den Alten weiterhin Ausflüge und Wohlstand finanzieren, müssen sie auf einen immer grösseren Teil ihres Lohns verzichten. Wenn das so weitergeht, wissen die Jungen, müssen sie im Jahr 2040 gut und gern einen Fünftel ihres Ein-

kommens den Alten abgeben. Die Alten fürchten: «Lange machen das die Jungen nicht mehr mit – vielleicht nicht einmal bis ins Jahr 2040.» Sie beobachten die Jungen mit zunehmendem Misstrauen. Und lassen sich von «denä Löli» gar nichts sagen. In dieser gespannten Situation genügt ein unbedeutender Anlass, und schon kommt es zu Handgreiflichkeiten.

Einer, der sich mit diesem Thema seit Jahren schon intensiv beschäftigt, ist Peter Freiburghaus. Freiburghaus, Versicherungsmathematiker und Diplompsychologe im Bundesamt für Statistik, ist von den Kommissionen der eidgenössischen Räte als Experte beigezogen worden. Für ihn gehen die jüngsten Vorschläge, das Pensionsalter für Frauen und Männer bei 64 Jahren festzulegen, allerdings entschieden zu wenig weit. Er steht deshalb auch schon in engem Kontakt mit der Kommission des Nationalrats, die sich noch eingehend mit dem Thema befassen wird. Freiburghaus geht das «Problem AHV» rein «rational und emotionslos» an: «Es ist ein Faktum, dass es immer mehr Alte gibt», stellt er fest. «Das be-

deutet, dass es rein mathematisch im Verhältnis immer weniger Junge gibt.» Ursache: die seit dem Zweiten Weltkrieg kontinuierlich gestiegene Lebenserwartung. Dies sei hauptsächlich an der maroden finanziellen Lage der AHV.

Als in der Schweiz nach dem Weltkrieg die AHV gegründet und das Rentenalter festgesetzt worden sei, habe nur knapp ein Drittel der Bevölkerung dieses Rentenalter überhaupt erreicht. Damit hätten die Gründerväter der schweizerischen Altersvorsorge auch fest gerechnet. Heute komme dagegen der Tod kaum mehr vor der ersten AHV zu Besuch. So wie sich die heutige AHV präsentiere, habe sie sich vom Gedanken ihrer Gründer entfernt. Vor vierzig Jahren sei sie noch das Privileg gesunder Mitbürger gewesen, die geregelt und damit rechtschaffen durch ihr Leben gewandelt seien, um überhaupt das Pensionsalter erreichen zu können. Heute da-

gegen kämen sogar Raucher und Säufer in den Genuss der AHV. Dem Rentenalter müsse darum wieder seine ursprünglich einschneidende Bedeutung zurückgegeben werden.

Mathematisch gebe es dafür zwei Möglichkeiten: «Entweder man senkt die Lebenserwartung oder man erhöht das Rentenalter!» folgert Freiburghaus. Die einfachere Lösung der beiden sei die Erhöhung des Rentenalters. Wie hoch dieses neu festgelegt werden müsse, sei simpel zu errechnen: Es dürfe (wie 1950) höchstens von einem Drittel der Bevölkerung erreicht werden. Nach der heutigen Lebenserwartung sollten Männer darum neu erst mit 78 und Frauen mit 81 Jahren pensioniert werden. Die Finanzierung der AHV sei damit «mindestens bis Mai Anno 2134 gesichert», rechnet Freiburghaus.

Diese Massnahme würde eine ganze Kette von positiven Folgeeffekten nach sich ziehen:



...UND es LÄBERLI
für de HÄBERLI...
... es NIERLI
für t'FRAU STIERLI..



Ro

• Das Heer der arbeitenden Bevölkerung würde grösser. Die Schweizer könnten ihre Arbeit wieder selbst machen und wären auch für die niedrigsten Arbeiten nicht mehr vom Ausland abhängig. Um die Innovation in der Wirtschaft zu erhalten, sollten demnach alle – ob Ausländer, Angestellte oder Konzernleiter – ab 60 ihren angestammten Arbeitsplatz verlassen und dynamischen Jungen Platz machen. Die Älteren könnten dann in Branchen beschäftigt werden, in denen heute traditionell Ausländer arbeiten: im Service, dem Hoch- und Tiefbau und der Kehr- und Abfuhr.

• Der Ausländeranteil könnte gesenkt werden: Asylanten, Gastarbeiter und übrige Ausländer würden dann nicht mehr gebraucht und in ihre Heimat zurückgeschickt.

• Die Kriminalitätsrate würde sinken: Weniger Ausländer bedeute statistisch gesehen weniger Verbrechen. Die innere Sicherheit sei damit endlich gewährleistet.

• Gefängnisse könnten kreativ genutzt werden, da rund die Hälfte der Gefängnisse dann leerstünden. Basel könne dafür als Beispiel stehen: Dort werde zurzeit diskutiert, ob das alte Untersuchungsgefängnis «Lohnhof» als Wohnheim für Alte taugt.

• Das Problem Wohnungsnot könnte gelöst werden: Wenn die Betagten ihre billigen und geräumigen Altwohnungen verlassen, gäbe es für Familien und Junge mehr Wohnraum.

Sicher wäre es vom rein menschlichen Standpunkt her betrachtet angenehm und psychologisch verständlich, wenn man das Rentenalter bei 65 Jahren für Mann und Frau belassen könnte», meint Freiburghaus. «Doch stehen dem die rein mathematischen Fakten entgegen.»

Das Aus für alte und schwache Menschen?

Unsere Gesellschaft ist überaltert. Der Anteil alter Menschen an der Gesamtbevölkerung wird immer grösser, ebenfalls zahlreicher werden Arbeitslose und Erwerbsunfähige: Behinderte und kranke Menschen. Das stellt die Gesellschaft vor ein grosses Problem: Wer soll das bezahlen, wenn die arbeitenden Bürgerinnen und Bürger für immer mehr Sozialfälle aufkommen müssen? Und wenn die Kosten für das Gesundheits- und Pflegewesen, ja für die Sozialeinrichtungen überhaupt, weiterhin steigen?

Was in den nächsten Jahren zu geschehen hat, ist klar: Die Bezüger von Sozialleistungen müssen abgebaut werden, und gleichzeitig sind die Kosten im Gesundheitswesen zu senken.

Wie das zu erreichen ist, zeigt ein Vorschlag der Ethikkommission des Europarates. Gemäss einem in der Wochenzeitung (WOZ) veröffentlichten Bericht schlägt die Kommission vor, «an geistig oder körperlich Behinderten, an chronisch Kranken und an allen, die nicht über sich selbst verfügen können, ausnahmsweise medizinische Eingriffe zu erlauben», ohne ihre freie und informierte Zustimmung zu haben. Gemeint sind damit Eingriffe, die nicht einem Heilungszweck, dafür einem «übergeordneten Interesse» dienen. Zulässig seien solche Behandlungen laut WOZ für «Zwecke der Forschung und der Organtransplantation.»

Wenn am Rentenalter 65 festgehalten werden sollte, müsse die Lebenserwartung angepasst werden. «Es wäre dann zu diskutieren, ob die heutige Spitzenmedizin noch allen Menschen zugute kommen soll», schlägt Freiburghaus vor. Heute würden gegen 60 Prozent der Gesundheitsausgaben in Fälle investiert, die ein Jahr nach Beginn ihrer teuren Behandlung stürben. Es sei rein mathematisch und volkswirtschaftlich nicht sinnvoll, so viel Volkseinkommen für Menschen einzusetzen, die nie mehr arbeiten, kaufen und Steuern zahlen. Vor einem medizinischen Eingriff müssten darum Überlegungen angestellt werden, ob der Kranke oder Verunfallte

grosse Chancen habe, jemals wieder ein nützliches Subjekt der Gesellschaft zu werden.



Bisher sei es ihm erst gelungen, die «Freiheitspartei» (vormals Auto-partei) geschlossen von seinen Forderungen zu überzeugen. Mit ihrem Vorschlag, die Arbeitslosen vom Luxus eines Autos zu befreien, hätte diese Partei auch schon erste Schritte in die von ihm vorgezeichnete Richtung in der Sozialpolitik unternommen, lobt Freiburghaus. Die Schweiz sei eben eine verweichlichte Gesellschaft geworden, die sich von Gefühlsduselei vom dringend nötigen konsequenten Handeln abhalten lasse. Sie ist nicht mehr fähig zu so gesunden und kräftigen Lösungen wie etwa die Naturvölker. Freiburghaus: «Oder können Sie sich vorstellen, dass in der Schweiz alte Menschen in einem Kanu auf das Meer hinausrudern, um zu sterben und ihre Jungen einer Last zu entledigen wie bei den Eskimos? Oder dass die Hinfälligen und Alten bei uns im Urwald ausgesetzt werden wie bei den Fang in Gabun? Oder dass wir die Todkranken und Alten dem Schicksal überlassen und die noch funktionierenden Organe der Allgemeinheit übergeben?» Die Schweiz leide an einem Solidaritäts-Komplex. Sie fühle sich verpflichtet, solidarisch zu handeln, obwohl das noch nie die innere Motivation zu unserem Sozialstaat gewesen sei: Denn ob für Pensionskasse, Arbeitslosenversicherung oder Krankenkasse – jeder spare im Prinzip für sich. Dies in der Angst, einmal selbst bedürftig zu werden und nicht aus dem Willen, solidarisch zu handeln. «Von diesem Denkfehler muss die Schweiz sich endlich befreien.»

Daniel Schällibaum